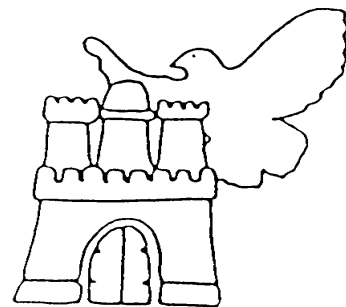


HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 01 / 14

www.hamburgerforum.org



5. Februar 2014

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

zuerst danken wir ganz herzlich für die **Spenden**, die über den Jahreswechsel reichlich bei uns eingegangen sind. Sie werden uns bei der weiteren Arbeit sehr helfen, sind uns aber auch ein ermutigendes Zeichen dafür, wie vielen Freundinnen und Freunden unsere Arbeit etwas wert ist.

Unsere ganze Kraft gilt jetzt der **Ostermarschvorbereitung**. Unser Bemühen, mehr als sonst Aktive, Initiativen und Organisationen in den Diskussionsprozess zum Aufruf einzubeziehen, hat gute Resonanz gefunden und Wichtiges zum Aufruf beigetragen. Jetzt sind wir alle gefordert, Unterschriften unter den Aufruf und Spenden für den Ostermarsch zu sammeln. Den Bogen dazu findet Ihr als Beilage zu diesem Rundbrief.

Noch ein Hinweis: Unsere bisherige **Fax-Nummer** gilt nicht mehr, weil Familie Kirstein ihr veraltetes Gerät abgewrackt hat. Wir können aber nach wie vor Faxe empfangen und senden. Die Nummer möchten wir aber nicht öffentlich machen, damit wir nicht mehr mit Werbesendungen belästigt werden. Wer uns ein Fax schicken möchte, kann uns aber anrufen und die Nummer erfragen.

In diesem Jahr steht wieder eine **Mitgliederversammlung** an. Der Termin steht schon fest: Dienstag, den 13.05.2014, 19.00 Uhr, Curiohaus, Rothenbaumchaussee 15, Hinterhaus, Raum A. Alle Mitglieder sollten sich diesen Termin schon mal vormerken. Rechtzeitig vor dem Termin gibt es auch noch eine Einladung.

In diesem Rundbrief findet Ihr – chronologisch geordnet – einige **Stellungnahmen vom Bundesausschuss Friedensratschlag** zu aktuellen friedenspolitischen Themen – leicht gekürzt, damit der Platz reicht. Die Kürzungen wurden nicht gekennzeichnet, weil der Platz sonst noch weniger reichen würde.

Auf vielfachen Wunsch derer, die üblicherweise an unseren **Vorstandssitzungen** mit Gästen teilnehmen, haben wir den Modus der Termine etwas geändert: Bisher haben wir dienstags in den geraden Kalenderwochen des Jahres getagt und um 19.15 Uhr begonnen. Zu Jahresbeginn haben wir beschlossen, immer am 1. und 3. Dienstag jeden Monats zu tagen und um 19.00 Uhr pünktlich zu beginnen. Nach wie vor werden dort Informationen ausgetauscht und Form und Inhalt unserer Aktionen diskutiert. Die nächsten Termine sind:

Dienstag, den 18.02.2014, den 04.03.2014, den 18.03.14 und den 01.04.2014, 19.00 Uhr
Curio-Haus – Rothenbaumchaussee 15 – Hinterhaus

Wer eingeladen werden möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns – siehe unten.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kirstein + Markus Gunkel

Bundesausschuss Friedensratschlag zu ...

... Koalitionsvereinbarung zu Rüstungsexporten

Diejenigen Teile der Friedensbewegung, die noch einen Rest Hoffnung auf die friedenspolitische Kompetenz der SPD gesetzt haben, dürften sich nun bitter enttäuscht sehen. Was bei den laufenden Koalitionsverhandlungen in der Arbeitsgruppe „Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik“ herauskam, war nicht einmal ein fauler Kompromiss (und schon gar kein „wichtiger Kompromiss“, wie de Maizière und Steinmeier verlauten ließen), sondern die schlichte Bestätigung der Rüstungsexportpraxis der bisherigen Bundesregierung. Die wortreiche Erklärung der Koali-

tionäre, wonach die „strenge“ Exportpolitik auf der Grundlage der Rüstungsexportrichtlinien von 2000 beibehalten würde, bedeutet in der Realität nichts anderes als die Fortsetzung des aggressiven Waffenhandels, der Deutschland in den vergangenen vier Jahren auf Platz drei der größten Waffenexportnationen der Welt katapultierte.

Hatte sich die SPD noch im Wahlkampf über die deutschen Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien, in die Vereinigten Arabischen Emirate, nach Katar oder nach Ägypten beschwert und daran erinnert, dass keine Waffen in menschenrechtspolitisch problematische Länder geliefert werden dürften, so schrumpfte dieser Mut nun auf ein lächerliches Minimum. Die künftige Bundesregierung werde

sich weiterhin an die Richtlinien halten und zugleich eine Harmonisierung auf EU-Ebene anstreben. Darüber hinaus wird mehr Transparenz versprochen: Statt einmal im Jahr soll es nun zwei Mal im Jahr Rüstungsexportberichte geben. Und der Gipfel der Zugeständnisse: „Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates (werden) dem Deutschen Bundestag und damit auch der Öffentlichkeit unmittelbar bekanntgegeben“.

Somit bleibt es dabei, dass der geheim tagende Bundessicherheitsrat allein über Waffenlieferungen entscheidet. Mitwirkung des Parlaments? Fehlanzeige. Lediglich informiert soll es werden – im Nachhinein!

Man muss kein Prophet sein um vorherzusagen, dass auch künftig Rüstungsexporte in aller Regel befürwortet und nur in Ausnahmefällen abgelehnt werden. Auch künftig werden Waffen Made in Germany in fast alle Länder der Welt geliefert – unabhängig von deren Menschenrechtslage. Und auch künftig wird nach der Merkel-Doktrin verfahren, wonach Waffen in Krisengebiete und an Regime geliefert werden, die sie im „deutschen Interesse“ gegen gemeinsame Gegner einsetzen.

Der Friedensbewegung bleibt nur eins: Den Kampf gegen Rüstungsexporte verstärken. Sie weiß sich damit im Einklang mit einer großen Mehrheit der Bevölkerung – die leider keine Entsprechung im Bundestag findet. Darüber hinaus muss auch die Rüstungsindustrie hier zu Lande kritisch hinterfragt werden. Deren Lobby findet allzu offene Türen und Ohren bei Regierung und Parlament. Ändern wird sich daran nur etwas, wenn der außerparlamentarische Druck zunimmt. Eine erste Nagelprobe wird sein, ob es der Friedensbewegung und der „öffentlichen Meinung“ gelingt, die anstehenden Waffenverkäufe nach Saudi-Arabien zu stoppen. Als nächstes muss über ein Moratorium bei Waffenlieferungen in den spannungsreichen Nahen und Mittleren Osten nachgedacht werden. Solche Schritte hätten einen „wichtigen Kompromiss“ darstellen können. Die Chance ist vertan. Die große Koalition hat bereits den letzten Funken Glaubwürdigkeit verloren, bevor sie überhaupt ihr Amt angetreten hat. 07.11.2013

... Koalitionsvereinbarung zu Drohnen-Politik

Schon im Wahlkampf äußerten sich die künftigen Koalitionäre in Sachen Kampfdrohnen betont zurückhaltend. Die CDU/CSU musste wegen des bekannt gewordenen Euro-Hawk-Beschaffungsskandals zurückrudern und die endgültige Entscheidung über den Kauf von bewaffneten Drohnen auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschieben. Zu viel, so verlautete aus dem Verteidigungsministerium, müsse noch geprüft werden. Die SPD gab sich, weil sie endlich einen Punkt gefunden hatte, an dem sie die dilettantische Sicherheitspolitik der amtierenden Regierung kritisieren konnte, im Ton etwas forscher, in der Sache allerdings übte sie sich in gewohnter Einigkeit.

Dies waren die Positionen, in denen Konsens zwischen den damaligen Wahlkampfgegnern und heutigen Koalitionspartnern herrschte:

- Unbemannte Luftfahrzeuge etwa zur Aufklärung, Beobachtung und Spionage würden in der Sicherheitspolitik weiter eine große Rolle spielen. Deren Einsatz, z. B. in Afghanistan oder anderen sensiblen Regionen, diene

dem Schutz der eigenen Soldaten und werde nicht in Frage gestellt.

- Perspektivisch soll es eine europäische Entwicklung solcher Drohnen geben; auch würde die Zulassung für den europäischen Luftraum sichergestellt werden. Eine Absage an die Entwicklung, Erforschung und Erprobung von Kampfdrohnen, sei es auf europäischer oder nationaler Ebene, findet sich in der Vereinbarung nicht.

- CDU/CSU und SPD schlossen bereits im Wahlkampf „extralegale Tötungen“ mittels Kampfdrohnen kategorisch aus. Dies wurde nun noch einmal bekräftigt. Offen bleibt allerdings die Frage, wann gezielte Tötungen legal, und wann sie „extralegal“ sind. Entscheidend jedoch ist, dass Planungen, Kampfdrohnen der Bundeswehr als Gefechtsfeldwaffen einzusetzen, in den Koalitionsvereinbarungen keine Absage erteilt wird.

- Die Beschaffung von Kampf- oder Killerdrohnen werde erst nach eingehender völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Prüfung erfolgen.

Soweit also nichts Neues: Beobachtungs-, Spionage- und Zielerfassungsdrohnen werden weiter entwickelt und angeschafft; die Entscheidung über Kampfdrohnen fällt der neu gewählte Bundestag nach eingehender Prüfung. Das wenige Neue, das offenbar über die SPD in den Koalitionsvertrag hineingeraten ist, bezieht sich auf

- die Einbeziehung von Drohnen in laufende oder künftige Rüstungskontrollregime und

- das Versprechen, sich für ein weltweites Verbot von vollautomatisierten Waffensystemen einzusetzen.

Beide Versprechen sind indes nicht mehr als wohlfeile Lippenbekenntnisse bzw. Täuschungsmanöver unterschiedlicher Tragweite:

- Die Einbeziehung von bewaffneten Drohnen in das einzige hierfür in Frage kommende Rüstungskontrollregime, den – derzeit allerdings ausgesetzt – KSE-Vertrag, fällt in die Kategorie Täuschungsmanöver. Denn sie bedeutet ja keineswegs den Verzicht auf solche Waffen, sondern nur deren vertragliche Begrenzung auf einem bestimmten Niveau. Im KSE-Vertrag liegt die Obergrenze für Kampfflugzeuge (unter diese Waffengattung würden bewaffnete Drohnen fallen) der Bundeswehr bei 750; ihr derzeitiger Bestand von 308 Kampfflugzeugen lässt also viel Spielraum nach oben. Nicht Rüstungsbegrenzung, sondern Aufrüstung wäre die Folge.

- Die völkerrechtliche Ächtung vollautomatisierter Waffensysteme erscheint zunächst als ein sinnvolles Ziel, das sich die deutsche Außenpolitik setzt, erweist sich bei näherem Hinsehen aber als ein Ablenkungsmanöver. Denn mit dem Einsatz von Kampfdrohnen, die von Menschen ferngesteuert werden, entsteht eine Eigendynamik zur Entwicklung von vollautomatisierten Drohnensystemen, die nicht mehr von Menschen ferngesteuert sind. Entscheidungen über Leben und Tod würden dann auf den Algorithmus eines Computers übertragen, der die Tötung unabhängig von jeglicher menschlichen Bewertung und Verantwortung vornimmt. Deshalb ist es dringend notwendig, Kampfdrohnen generell – auch jene mit menschlichen Piloten – völkerrechtlich zu ächten.

Die Koalitionsvereinbarung über die Kampfdrohnen ist nicht etwa ein Kompromiss, sondern schlicht und ergreifend Be-

schiss. Sie lässt darüber hinaus einen wesentlichen Bereich völlig außer Acht: Die heute schon vielfach Verwendung findenden Beobachtungs- und Spionagedrohnen im Landesinneren zur Kontrolle und Bepitzelung von Demonstrationen oder anderen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten werden nicht erwähnt. Es bleibt also beim weiteren Ausbau des Überwachungsstaates.

Die Position der Friedensbewegung und einer – wie Umfragen wiederholt gezeigt haben – großen Mehrheit der Bevölkerung, findet in der Drohnenvereinbarung der großen Koalition keinerlei Berücksichtigung. Ein klares NEIN zur Überwachung der Bevölkerung per Spionagedrohnen und ein ebenso klares NEIN zur Beschaffung und zum Einsatz von Kampfdrohnen bleibt weiter auf der Tagesordnung. Von dieser Koalition ist diesbezüglich nichts zu erwarten. Die Friedensbewegung wird den außerparlamentarischen Druck organisieren.

19.11.2013

... Auslandseinsätzen

Zu den ersten Amtshandlungen der Bundesregierung im neuen Jahr gehört die fast schon routinemäßige Verlängerung von zwei Auslandseinsätzen der Bundeswehr:

1. Zum angeblichen „Schutz der Türkei“ wird das Mandat Active Fence unverändert um ein weiteres Jahr verlängert. Der Beschluss sieht eine Obergrenze von 400 Soldatinnen und Soldaten vor. Sie bedienen das Flugabwehrraketensystem Patriot und bilden das größte Kontingent in den fliegenden Gefechtsplattformen AWACS.
2. Das zweite Mandat bezieht sich auf den seit über 12 Jahren währenden Einsatz der Bundesmarine im Mittelmeer im Rahmen der von der NATO geführten Operation Active Endeavor (OAE). Dieser Einsatz dient der Entdeckung und Bekämpfung von terroristischen Aktivitäten, ist also Bestandteil des von George W. Bush proklamierten andauernden Kriegs gegen den Terror, unter dessen Label die ganze Welt als Aufmarsch- und Einsatzgebiet für NATO-Truppen behandelt wird. Auch wenn die Bundeswehr an diesem Einsatz aktuell nicht beteiligt ist, können Marineverbände mit bis zu 500 Einsatzkräften jederzeit eingesetzt werden.

Die Friedensbewegung lehnt beide Einsätze aus folgenden Gründen ab:

1. Der Antiterrorereinsatz im Mittelmeer ist im besten Fall eine Show- oder Ersatzhandlung zur Beruhigung ängstlicher Gemüter. Zu den wichtigsten Aufgaben der OAE gehört die Sicherung der Straße von Gibraltar – noch nie allerdings wurde ein Terrorist oder gar ein Boot von Al Kaida gesichtet. Für die einzigen konfliktträchtigen Zwischenfälle vor Gibraltar sorgten indessen die Regierungen Spaniens und Großbritanniens – beide NATO-Mitglieder!
2. Tausende Menschen sind in den letzten Jahren im Mittelmeer beim Versuch ums Leben gekommen, den unwirtlichen (Bürgerkriegs-)Verhältnissen in Nordafrika zu entkommen. Was haben die vielen Fregatten, Schnellboote, Marinehubschrauber unternommen, um in Seenot geratenen Flüchtlingsbooten zu Hilfe zu kommen? Nichts! Denn das ist nicht ihr Auftrag.
3. Im Dezember 2012 begründeten NATO und Bundesregierung uni sono die Stationierung von Patriots und

AWACS mit einer angeblichen Angriffsfahr durch mit Chemiewaffen bestückte syrische Flugzeuge und SCUD-Raketen auf das NATO-Mitglied Türkei. Diese Voraussetzung ist inzwischen entfallen. Syrien ist dem Chemiewaffenübereinkommen beigetreten und erfüllt den Vertrag. Die Anlagen zur Herstellung von C-Waffen sind zerstört, das Arsenal ist unter internationaler Kontrolle und die gefährlichsten Komponenten haben bereits Syrien auf dem Seeweg verlassen. Es ist geradezu absurd, mit der Stationierung der PATRIOT Syrien von einem Angriff auf die NATO „abschrecken“ zu wollen. Die Fortsetzung der Stationierung stellt lediglich einen Vorwand dar, um die Spionageaktivitäten gegen die syrische Regierung fortsetzen und gegebenenfalls den militärischen Aufstand ungestört unterstützen zu können. Denn:

4. Die Radaranlagen der PATRIOT können einen präzisen Luftlageplan erstellen, der über Aleppo, der nach Damaskus wichtigsten Stadt Syriens im Norden des Landes, hinausreicht. Die Bundesregierung spricht hier von „luftgestützter Frühwarnung im Rahmen der Luftraumüberwachung“ und vom „Austausch und Abgleich gewonnener Lagebildinformationen“. Ähnliches ist mit den AWACS-Flugzeugen möglich, die sämtliche Flugbewegungen über syrischem Boden beobachten können und Luftlagebilder an Bodenstationen in Echtzeit übermitteln. Es wäre naiv zu glauben, dass die dabei gewonnenen Daten nicht auch den kämpfenden Einheiten in Syrien einschließlich der dort operierenden Terrororganisation Al-Nusra-Front zur Verfügung gestellt würden. Jede militärische Unterstützung der Türkei trägt demnach dazu bei, Feindseligkeiten gegen die Regierung in Damaskus zu schüren und die Lage in der Region weiter zu destabilisieren.

Beide Einsatzmandate müssen in der kommenden Woche noch vom Bundestag bestätigt werden. Angesichts der erdrückenden Mehrheitsverhältnisse ist davon auszugehen, dass beide Beschlüsse problemlos durchgewinkt werden. Für die Friedensbewegung wäre es interessant zu erfahren, ob neben der Fraktion DIE LINKE auch die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen gegen die Vorlage stimmt und ob es im SPD-Lager wenigstens eine Anzahl mutiger NEIN-Sager gibt.

09.01.2014

... zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin

Bundeskanzlerin Merkel hat in ihrer Regierungserklärung, die vor allem innenpolitischen Fragen gewidmet war, außenpolitische Themen nur gestreift. Die Große Koalition möchte die Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht nur fortsetzen, sondern entsprechend dem Koalitionsvertrag erweitern. Die Ausbildung der malischen Armee soll ausgebaut und der Einsatz in der Zentralafrikanischen Politik soll „gegebenenfalls“ durch Verwundetenbehandlung neu aufgenommen werden. Wir warnen davor, dass damit ein weiterer Schritt in ein militärisches Abenteuer in der afrikanischen Wüste mit nicht absehbaren Folgen getan wird. Obwohl der Einsatz in Afghanistan von vornherein falsch war und durch seine Fortsetzung nicht richtig wird, will die Große Koalition auch hier nach dem Teilabzug 2014 weiter dabei sein – mit einer „Ausbildungsmission“, wie

die Kanzlerin sagte. Aber auch eine Ausbildungsmission muss militärisch „geschützt“ werden. Der Krieg geht also auf unbestimmte Zeit weiter. Wir fordern dagegen, dass die Bundeswehr komplett aus Afghanistan abzieht.

Interessant ist auch, worüber die Kanzlerin schwieg: über die exorbitanten deutschen Rüstungsexporte zum Beispiel. Es stehen Exportbegehren zur Entscheidung an, die einen Wert von 30 Milliarden Euro annehmen können. Die Abnehmer sind überwiegend Staaten mit problematischen Menschenrechtsverhältnissen. Ein ethisches Problem? Nicht für die neue Bundesregierung. Darüber hinaus verlor Angela Merkel kein Wort zur Beschaffung von Kampfdrohnen und kein Wort zur inhumanen Abschotung Europas vor Flüchtlingen aus der Dritten Welt.

Wie verträgt sich das mit dem in der Erklärung wie ein Mantra beschworenen Grundsatz, bei ihrer Politik stehe der Mensch im Mittelpunkt?

Merkel hat einen Schulaufsatz abgeliefert, der mit Sprechblasen ohne Substanz gespickt war. Und selbst dort, wo es etwas konkreter zu werden drohte, zog die Kanzlerin rechtzeitig die Handbremse: Als sie sich über den gigantischen Abhör-Skandal der US-Geheimdienste beschwerte, sah sie lediglich die „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ in Gefahr. Der dadurch verursachte Vertrauensverlust werde sich aber „unter Freunden“ bestimmt wieder beheben lassen. Auf keinen Fall dürfe das weltweite Wirken der Geheimdienste in Zweifel gezogen werden: Nach 9/11 müsse man den „asymmetrischen Bedrohungen“ weiterhin mit nachrichtendienstlichen und militärischen Mitteln entgegen treten.

Merkel begann und beendete ihre Regierungserklärung mit der Erinnerung an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren. Von deutscher Verantwortung für die Auslösung des Krieges war nichts zu hören. Stattdessen das Märchen vom friedlichen (EU-)Europa heute, in dem es keine „Geheimdiplomatie“ mehr gäbe und alle 28 EU-Mitgliedstaaten „gleichberechtigt“ seien. Sie vergaß zu sagen, dass manche Staaten gleichberechtigter sind als andere und dass einige Staaten – wie Griechenland, Portugal, Spanien oder Zypern – an der kurzen Leine der Troika ihre Selbstständigkeit real verloren haben.

Merkels Regierungserklärung lieferte einen Vorgeschmack auf so manche selbstgefällige Gedenkrede, die in diesem Jahr noch folgen wird. Und sie deckte verschämt den Mantel über den in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Aufbruch der Bundeswehr zu neuen Ufern. Dazu passt, dass kurze Zeit später zwei Auslandseinsätze der Bundeswehr im Bundestag durchgewinkt wurden. Auf die Friedensbewegung wird viel Arbeit zukommen.

29.01.2014

... zur Münchner „Sicherheitskonferenz“

Was vor 50 Jahren als „Wehrkundetagung“ begann, hat sich im Laufe der Zeit zu einem bedeutenden Treffen führender Politiker, Verteidigungsminister, Militärs und Lobbyisten der Rüstungsindustrie gemauert. Schon immer war sie der Friedensbewegung ein Dorn im Auge, weil dort die Anwendung militärischer Gewalt wie ein selbstverständliches Mittel der Politik gehandelt wurde und wird. Die jährlichen Treffen im Bayerischen Hof sollen

dazu dienen, die Akzeptanz des Militärischen in der kriegsresistenten Bevölkerung zu erhöhen und die Auslandseinsätze der Bundeswehr salonfähig zu machen.

Seit 15 Jahren wird die Sicherheitskonferenz von der Friedensbewegung nicht nur kritisch kommentiert, sondern mit großen und Aufsehen erregenden Demonstrationen begleitet. Der anhaltende teils massive Protest aus Friedensbewegung und kritischer Öffentlichkeit konnte indessen nicht erreichen, dass die Sicherheitskonferenz in ihrem Wesen verändert oder gar abgeschafft wurde. In diesem Jahr wird von einer handverlesenen Schar von Experten (Politiker und Militärs, Geheimdienstmitarbeiter und Unternehmer) die Agenda der Geostrategen durchbuchstabiert: Von Syrien über den Iran zum Nahostkonflikt, von der (mangelnden?) militärischen Macht Europas über die Rolle der USA im transatlantischen Verhältnis und mehr noch in Asien/Pazifik bis zu dem schwelenden Konflikt in der Ukraine und dem „Dialog“ zwischen Belgrad und Pristina, von der Zukunft des Internets über die Rolle der Geheimdienste bis zur „Energie- und Klimasicherheit“.

Und es ist keineswegs so, dass es sich hier um das „weltweit wichtigste Forum des unabhängigen Gedankenaustausches zu aktuellen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik“ handelt. Von „Unabhängigkeit“ kann keine Rede sein, da die Redner/innen durchweg Staaten bzw. Staatenbündnisse (wie die NATO) vertreten. Unabhängige wissenschaftliche Experten wird man vergeblich suchen. Angekündigt sind rund 20 Regierungs- und Staatschefs sowie 50 Außen- und Verteidigungsminister.

Zu den Unterstützern der Konferenz gehören zahlreiche Unternehmen, unter ihnen einer der führenden US-Rüstungskonzerne, Raytheon Company, und der in Europa führende Panzerhersteller Krauss-Maffei Wegmann (München-Kassel). Zugleich wird die Veranstaltung großzügig gesponsert von der Bundesregierung (350.000 EUR „Projektförderung“), die genauso wie die Bayerische Staatsregierung, die Landeshauptstadt München und die Bundeswehr zu den „Partnern“ der Konferenz zählt. 330 Bundeswehrsoldaten und einige Dutzend Feldjäger werden im und rund um den Bayerischen Hof präsent sein. Die Kosten des Bundeswehreinsatzes werden sich nach Aussage der Bundesregierung auf der Höhe der Kosten im vergangenen Jahr bewegen. Bei der Sicherheitskonferenz 2013 waren das 626.000 Euro.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag erwägt, zur Organisierung des nächsten Friedenspolitischen Ratschlags im kommenden Dezember ebenfalls einen Finanzantrag an die Bundesregierung zu stellen. Der Kostenrahmen würde allerdings etwas bescheidener ausfallen. Auch würde auf die Bereitstellung von Soldaten gern verzichtet.

31.01.2014

Schlussbemerkung

Auch in diesem Jahr hat der Bundesausschuss Friedensratschlag die Demonstration gegen die Sicherheitskonferenz unterstützt. Wie immer waren die Gäste im Bayerischen Hof nur eine kleine Minderheit verglichen mit den Tausenden von Demonstranten. Neu war, dass der Bundespräsident und Neomilitarist Gauck auch sein Fett abbekommen hat.

Wolfgang Kirstein